

Beschluss:

1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich an die Bayerische Landesregierung zu wenden und sich bei dieser für den Ausbau der vom Freistaat Bayern geförderten Studienplätze für Soziale Arbeit in München in Voll- und Teilzeit einsetzen.
3. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft organisiert als Impuls für neue Bündnisse und Handlungsansätze eine Beschäftigungskonferenz zur Situation der Beschäftigten der Sozialen Arbeit in München.
4. Der Antrag Nr. 20-26 / A 04631 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.